

Fragen

für die Fragestunde der 72. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 3. Dezember 2014

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	8
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 46
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	16, 17	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	14, 15
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	1, 2	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	31, 32	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	26, 30
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.)	39, 40
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	47, 48	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	35, 36	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	33, 34	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	18, 19	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 27	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 21	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	41, 42
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	37, 38		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23		
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

1. Abgeordneter **Matthias W. Birkwald** (DIE LINKE.)

Auf welchen einzelnen Indikatoren und Rechenschritten beruht die Kostenabschätzung für eine Stabilisierung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung (46 Prozent) ab dem Jahr 2024 von 13 Mrd. Euro jährlich und damit die Gesamtsumme von 77 Mrd. Euro bis zum Jahr 2030, die die Bundesregierung im Zweiten Bericht der Bundesregierung gemäß § 154 Absatz 4 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre (Bundestagsdrucksache 18/3261, S. 24) veröffentlicht hat?
2. Abgeordneter **Matthias W. Birkwald** (DIE LINKE.)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den jährlichen Finanzbedarf für die staatliche Gesamtförderung der privaten Altersvorsorge (Grundzulage, Kinderzulage und steuerliche Förderung) für die kommenden 15 Jahre ein, und wie hoch war diese bisher?
3. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was sind aus Sicht der Bundesregierung die wesentlichen rechtlichen Hemmnisse, um eine Beschäftigung auch im Rentenalter zu erleichtern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

4. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie genau hilft die Unterzeichnung des Veterinärprotokolls mit China (www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2014/301-BL-GespraechWu.html) für den Export von Pferden und die Anerkennung des Verarbeitungsstandards für Nebenprodukte der Schweinefleischerzeugung den deutschen Schweinehaltern weiter, die, wie Kollegen in anderen führenden Produzentenländern auch, Notierungseinbrüche um bis zu 21 Cent/kg Schlachtgewicht (SG) innerhalb weniger Wochen hinnehmen mussten, sodass die Produktion nach Berechnungen von Experten vielerorts nicht mehr kostendeckend ist (www.topagrar.com/news/Home-top-News-Krisenstimmung-am-EU-Schweinemarkt-1570754.html)?

5. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Pferde wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren nach China exportiert, und zu welchem Zweck?
6. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Untersuchungen sind der Bundesregierung zu möglichen Zusammenhängen zwischen Herbizidexposition und Unfruchtbarkeit bei Männern bekannt, und welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Reduktion der Glyphosat-Belastung in der Lebensmittelkette angesichts aktuell vorgelegter Studienergebnisse von Gilles-Éric Séralini zur Verminderung der Spermienqualität von Versuchstieren bei einer Roundup-Exposition (vgl. Cassault-Meyer/Gress/Séralini et al.: „An acute exposure to glyphosate-based herbicide alters aromatase levels in testis and sperm nuclear quality“, published in: Environmental Toxicology and Pharmacology, Volume 38, Issue 1. July 2014, page 131-140)?
7. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Positionen hat die Bundesregierung bei der Formulierung des Ratsmandats für den dritten Trilog am 3. Dezember 2014 über die vom Europäischen Parlament geforderten Änderungen zum Vorschlag für eine Änderung der EU-Freisetzungsrichtlinie (Richtlinie 2001/18/EG) zur Ermöglichung nationaler Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen (Opt out) eingebracht, insbesondere bezüglich der Rechtsgrundlage (Artikel 192 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union), verpflichtender Koexistenz-Regelungen im grenznahen Bereich, einer Entkoppelung von Phase 1 und Phase 2 sowie hinsichtlich einer Verbotsmöglichkeit für Gruppen von gentechnisch veränderten Organismen im Rahmen der Phase 2, und inwieweit wird die Positionierung der Bundesregierung dem Beschluss des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 18/1450) vom 20. Mai 2014 gerecht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

8. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie sehen die aktuellen Überlegungen der Bundesregierung zur Durchführung eines Audits zum Entschädigungsverfahren für die Radarstrahlengeschädigten der Bundeswehr und Nationalen Volksarmee der DDR aus, und inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, hierbei auch neuere medizinische Erkenntnisse über mögliche zusätzliche Krankheitsbilder durch ionisierende Strahlung zu berücksichtigen, die unter Umständen den entschädigungsberechtigten Personenkreis erweitern könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

9. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist in den Bundesministerien der Stand der Umsetzung der geltenden Regelungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nicht nur auf der Leitungsebene, sondern in allen Bereichen der Ressorts –, und nimmt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dabei eine besondere Vorbildfunktion für andere Ministerien ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

10. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), in Reaktion auf den Vorschlag der Europäischen Arzneimittelbehörde die „Pille danach“ mit dem Wirkstoff Ulipristalacetat europaweit aus der Verschreibungspflicht zu entlassen, in Deutschland die „Pille danach“ mit dem Wirkstoff Levonorgestrel aus der Verschreibungspflicht zu entlassen, und wie sieht der Zeitplan der dafür notwendigen Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung aus?

11. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Plant das BMG begleitende Regelungen (Beratung, weiterhin kostenlose Abgabe an junge Frauen bei ärztlicher Verordnung – siehe Bundestagsdrucksache 18/492), und wann werden die hierfür notwendigen gesetzlichen Regelungen in den Deutschen Bundestag eingebracht?
12. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Belege hat die Bundesregierung für die Wirksamkeit des Cannabisverbotes?
13. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Liegen der Bundesregierung Studien über einen Anstieg des Cannabiskonsums in den US-Bundesstaaten Colorado oder Washington vor, in denen Cannabis streng reguliert an Volljährige verkauft werden darf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

14. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.) In welchem Umfang (Wert in Euro) hat das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) in den Jahren 2011, 2012 und 2013 Aufträge zum Projekt Stuttgart 21 an freiberufliche Fachingenieure, Beraterfirmen und andere Auftragnehmer (§ 1 Absatz 1 Nummer 2a des Bundeseisenbahnverkehrsverwaltungsgesetzes – BEVVG) vergeben?
15. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.) Mit welcher Begründung hat das damalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) eine Sondergenehmigung für den geplanten Mischverkehr auf der Filderstrecke bis 2030 erteilt, und haben Beamte des EBA dieser Sondergenehmigung des Bundesministers widersprochen und dagegen Einwände (Remonstrations) erhoben?
16. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.) Ist der Bundesregierung inzwischen bekannt, welche gewerblichen Schutzrechte (Patente etc.) die Toll Collect GmbH bzw. deren Gesellschafter an dem Mauterfassungssystem besitzen (ggf. bitte die einzelnen Schutzrechte deren Inhabern zuordnen), und

trifft es zu, dass der Bund nach Ablauf des neuen Betreibervertrages nicht mehr alle für den Betrieb relevanten Patente kostenlos übernehmen könnte, wie dies im bisherigen Betreibervertrag vorgesehen ist (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 einer Infobitte des Abgeordneten Roland Claus vom 20. Februar 2013, Az.: Z 11/2312.9/5)?

17. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- In welcher Form wurden seit Abschluss der Verhandlungen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur mit der Toll Collect GmbH über die Verlängerung des Betreibervertrages – was laut dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages am 25. November 2014 „Mitte September“ der Fall war – noch die anderen Optionen zur Weiterführung der Lkw-Mauterhebung nach Ablauf des bisherigen Betreibervertrages zum 31. August 2014 geprüft, und wann genau wurde deren Prüfung abgeschlossen?
18. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist mit Abschluss des Planfeststellungsverfahrens für die Bundesstraße 172 b deren Finanzierung gesichert, und welche zeitliche Planung gibt es derzeit für die Fertigstellung des Bauvorhabens?
19. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Realisierung und Finanzierung des dritten Bauabschnittes der Bundesstraße 169 gesichert, und welche zeitliche Planung gibt es derzeit für die Fertigstellung des Bauvorhabens?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

20. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung die angekündigten 1,2 Mrd. Euro für Hochwasserschutz (www.mdr.de vom 13. August 2014 „Bund stellt zusätzlich Geld für Hochwasserschutz in Aussicht“), von denen im Jahr 2015 nur 20 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt wurden, in den nächsten Haushaltsjahren verteilen?

21. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung den Vorschlag von Germanwatch e. V., Institute for Advanced Sustainability Studies e. V. (IASS) und der Kirche in Nordrhein-Westfalen über die Einführung von CO₂-Grenzwerten für Kraftwerke, wie sie beispielsweise in Großbritannien eingeführt wurden, gar nicht erst berechnen lassen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 16, Anlage 7, Plenarprotokoll 18/65), und welche für das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ vorgeschlagenen Maßnahmen wurden berechnet bzw. nicht berechnet?
22. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurden dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) die bei dem Fachgespräch zum Atomkraftwerk Gundremmingen am 26. September 2014 vom BMUB erbetenen „weiteren Informationen“ (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 97 auf Bundestagsdrucksache 18/2832) mittlerweile vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) zur Verfügung gestellt, und falls ja, ist bereits absehbar, ob sie den Fragebedarf des BMUB abschließend abdecken oder nicht (also seitens des StMUV noch ergänzt werden müssen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

23. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der jeweilige derzeitige Zeit- und Kostenplan für die Durchführung der zur Prüfung stehenden drei Optionen bezüglich des Umgangs mit dem hochradioaktiven Müll aus dem Versuchsreaktor AVR Jülich: US-Export, Transport der Brennelemente ins Zwischenlager Ahaus und Ertüchtigung bzw. Neubau eines Zwischenlagers in Jülich (bitte detailliert – vor allem auch unter Berücksichtigung der letzten Aufsichtsratssitzung des Forschungszentrums Jülich am 19. November 2014 – aufschlüsseln)?
24. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die seit der Stilllegung des AVR Jülich im Jahr 1988 bis heute bereits angefallenen und in Zukunft absehbar noch anfallenden Kosten für Stilllegung, Einschluss, Rückbau, Zwischenlagerung, Endlagervorausleistungen usw. (also Gesamtkosten), und wie verteilen sich diese Gesamtkosten auf die Einzelpositionen?

25. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen oder konkrete Planungen, die derzeit in Ahaus lagernden Castoren mit Brennelementen aus dem THTR (Thorium-Hoch-Temperatur-Reaktor) Hamm-Uentrop in die USA zu verbringen, und wenn ja, auf welche Rechtsgrundlage stützen sich diese Überlegungen bzw. Planungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

26. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Welchen zusätzlichen Erkenntnisgewinn erwartet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von der beim Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo) in Auftrag gegebenen Studie zu den möglichen Folgen des Transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP für Entwicklungsländer, da dieses Institut bereits im Oktober 2013 in einer Studie die negativen Konsequenzen für viele dieser Länder belegt hat (z. B. für Malawi eine langfristige Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts von 4 Prozent, für Belize von 6 Prozent, siehe: www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-AAFFA177-224A5AA9/bst/xcms_bst_dms_39003_39004_2.pdf), und sind die Aussagen des Staatssekretärs beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Friedrich Kitschelt, bei einer Veranstaltung der Evangelischen Kirche in Berlin am 13. November 2014 (www.epd.de/zentralredaktion/epd-zentralredaktion/ttip-ministerium-laesst-moegliche-auswirkung-auf-arme-laender-erf) so zu verstehen, dass das BMZ der Ratifizierung des Transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP nur zustimmen wird, wenn schädliche Auswirkungen für Entwicklungsländer ausgeschlossen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

27. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluss des Niederländischen Parlaments, der „Tweede Kamer“, in dem die niederländische Regierung aufgefordert wird, sich gegen die ISDS-Klausel (Schiedsgerichtsverfahren) in den Freihandelsabkommen CETA und TTIP auszusprechen?

28. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten haushaltsrelevanten Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) werden noch im Jahr 2015 umgesetzt?
29. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Energieeinsparpotenzial geht nach Berechnungen der Bundesregierung dadurch verloren, dass angekündigte Maßnahmen zur Energieeffizienz im Entwurf des NAPE nicht im Bundeshaushalt 2015 abgebildet sind und diese somit frühestens im Jahr 2016 umgesetzt werden können, vorausgesetzt, im Haushalt für das Jahr 2016 werden entsprechende Mittel bereitgestellt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

30. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Welche Fragen enthält der Fragenkatalog, den die Bundesregierung im April 2014 bezüglich der vom United States Africa Command (AFRICOM) in Stuttgart unterstützten Drohnenangriffe an die US-Botschaft in Berlin eingereicht hat (bitte alle Fragen vollständig auflisten), und wie plant die Bundesregierung weiter vorzugehen, da trotz mehrfacher, „nachdrücklicher“ und „eindringlicher Erinnerung“ eine Beantwortung durch die USA nach wie vor ausbleibt und ihr noch nicht einmal ein Zieldatum für die Beantwortung genannt wurde (siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/2794)?
31. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit steht die Bundesregierung in der Beteiligung der extrem rechten „Radikalen Partei“ von Oleg Ljaschko an der neuen ukrainischen Koalition, die für die Mehrheitsbildung in der Werchowna Rada nicht notwendig ist, einen Ausdruck der freiwilligen Einbindung extrem rechter Kräfte in die Koalition, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass der Vorsitzende der extrem rechten „Radikalen Partei“, Oleg Ljaschko, der bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2014 8,3 Prozent der Wählerstimmen in der Ukraine erreichte, (Mit-)Begründer der Freiwilligenbataillone „Asow“, „Ukraine“ und „Schachtar“ (rpl.kiev.ua/vidpravyly-na-peredovuspetsbataljon-shahhtar/) und deren (Mit-)Finanzier ist, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus

der freiwilligen Einbindung extrem rechter Kräfte in hoheitliche bzw. staatliche Strukturen der Ukraine (Regierung, Ministerien, Armee, Polizei, Freiwilligenbataillone)?

32. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis bestätigen, dass der EU-Beitrittskandidat Serbien rechtlich verpflichtet sei, die verhängten EU-Strafmaßnahmen gegen Russland mitzutragen bzw. umzusetzen (www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-eu-fordert-russland-sanktionen-von-serbien-a-1003988.html), und wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage ist Serbien dazu verpflichtet (bitte konkrete Rechtsgrundlage mit konkreten Artikelnummern des Rechtsaktes benennen)?
33. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Welches gemeinsame Wertefundament sprach der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier bei seinem letzten Besuch im Juli 2014 in Mexiko an, das Mexiko und Deutschland verbindet, angesichts der offensichtlichen Verstrickungen der politisch Verantwortlichen auf bundesstaatlicher Ebene und den Sicherheits-, Polizei- und Militärinstanzen mit der organisierten Kriminalität beim Verschwindenlassen der 43 Studenten von Ayotzinapa im Bundesstaat Guerrero, das den Abschluss eines Sicherheitsabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Mexiko rechtfertigt (www.fr-online.de/meinung/mexiko-welche-sicherheit-,1472602,29153064.html)?
34. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Wie kommt die Bundesregierung zu der Einschätzung, es gebe für sie keine Verpflichtung aus dem CCW-Abkommen, Protokoll V, für die Beräumung von deutscher Munition auf Übungsgeländen der Bundeswehr in Afghanistan, eingedenk der Tatsache, dass die Bundesregierung Unterzeichner des Abkommens ist und sich damit seinen Zielen verpflichtet hat (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 vom 27. November 2014 auf die Kleine Anfrage 18/3099 der Fraktion DIE LINKE.)?
35. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
- Womit erklärt die Bundesregierung ihre Positionsänderung, sich für eine erneute Truppenstationierung in Afghanistan nicht um ein UN-Mandat zu bemühen, obwohl sie noch am 8. August 2014 auf ihrer Homepage erklärte, für die ISAF-Nachfolgemission „Resolute Support“ sei eine UN-Resolution er-

forderlich (www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/08/2014-08-08-rueckverlegung-aus-afghanistan.html)?

36. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen weicht die Bundesregierung mit dem Mandatsantrag auf Bundestagsdrucksache 18/3246 für die ISAF-Nachfolgemission „Resolute Support“ von ihrer Ankündigung ab, sich für alle Auslandseinsätze der Bundeswehr um ein Mandat der Vereinten Nationen zu bemühen und strikt an das Völkerrecht zu binden?
37. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich die Bundesregierung in den Debatten auf EU-Ebene zur Abstimmung über eine u. a. von Russland eingebrachte Resolution gegen die Glorifizierung von Nazismus, Neonazismus und anderer Formen von Rassismus und Xenophobie in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (A/C.3/69/L.56/Rev.1) positioniert, die zu dem Ergebnis führte, dass sich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union geschlossen enthielten, und inwiefern hat sie inhaltliche Verbesserungs- und Änderungsanträge an die Resolution befürwortet, beispielsweise um neben nationalen, ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten auch andere Opfer rassistischer Gewalt, wie Menschen mit nicht heteronormativer sexueller Identität oder mit Behinderungen, einzubeziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

38. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung hinsichtlich von „Gefährdungsaspekten mit der potenziellen Schadwirkung und der Abwehr von unbemannten Luftfahrzeugen“ aus den diesbezüglichen Aktivitäten des Bundeskriminalamtes (u. a. Erhebung eines „Sachstand[es] zu möglichen Gefährdungsszenarien sowie [dem] Stand der RPAS-Technik“, Verfahren zur „kontrollierten Zwangslandung“, Prüfung und Erprobung des Verfahrens „Jamming“ in Kooperation mit der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen, Austausch zum Phänomen im European Network for the Protection of Public Figures, vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksachen 18/819 und 18/2684), und auf welche technische Art und Weise

werden Bundes- und Landesbehörden die „Abwehr von unbemannten Luftfahrzeugen“ im Bereich des Personen- und Objektschutzes nach Kenntnis der Bundesregierung zukünftig umsetzen (sofern technische Mittel eingesetzt werden, bitte Produkt und Hersteller benennen)?

39. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Mit welchen weiteren konkreten Maßnahmen bzw. Projekten zu „Fragen der Telekommunikationsüberwachung“ hat sich das Strategie- und Forschungszentrum Telekommunikation (SFZ TK) seit dem Jahr 2012 beschäftigt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 11 des Abgeordneten Andrej Hunko, Anlage 6, Plenarprotokoll 17/210), und inwiefern erfolgte mittlerweile eine Beteiligung der Länder?
40. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus Präsentationen der EU-Grenzagentur FRONTEX und dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen im November 2014 im Strategischen Ausschuss Einwanderung, Grenzen und Asyl hinsichtlich ihrer Haltung zur zukünftigen EU-Migrationspolitik an den Außen- und Binnengrenzen, und welche Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche zur halbjährlichen Fortschreibung der „EU-Aktion gegen Migrationsdruck“ hat sie vorgetragen bzw. übermittelt?
41. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Smart-Borders-Studie (www.statewatch.org/news/2014/oct/eu-smart-borders-report.pdf), die nach meiner Kenntnis bereits in den zuständigen Ratsarbeitsgruppen und im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments beraten wurde und auch Angaben zur bislang unklaren Haltung der Bundesregierung hinsichtlich einer Nutzung des „Entry-Exit-Systems“ zu Strafverfolgungszwecken enthält (etwa ob die Bundespolizei oder das Bundeskriminalamt Daten über Ein- und Ausreisebewegungen erhalten sollen), und auf welche Weise wird der Zugang von Strafverfolgungsbehörden zum Smart-Borders-Paket bzw. dem „Entry-Exit-System“ (EES) und dem „Registered Travellers Program“ (RTP) nach Kenntnis der Bundesregierung auf EU-Ebene derzeit behandelt oder sogar bereits umgesetzt?

42. Abgeordneter
**Hubertus
Zdebel**
(DIE LINKE.)
- Welche Initiativen hat die Bundesregierung seit dem Jahr 1995 unternommen, um eine Kompromittierung der von ihr genutzten IT-Systeme durch eine „Key-Recovery-Verpflichtung“ in- und ausländischer Unternehmen gegenüber den USA zu vermeiden, indem US-Behörden womöglich „Hintertüren“ in Verschlüsselungsprodukte implementieren, um dadurch eine Entschlüsselung zu erleichtern (vgl. Bundestagsdrucksache 13/11002), und über welche neueren Erkenntnisse zur Existenz und Funktionsweise einer „Key-Recovery-Verpflichtung“ verfügt die Bundesregierung mittlerweile?
43. Abgeordnete
**Luise
Amtsberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die im Schreiben des Bundesministeriums des Innern an die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V. (GGUA) geäußerte Auffassung, dass die Verpflichtungserklärung bei syrischen Flüchtlingen, die über das Bundes- oder Landeskontingent (§ 23 Absatz 1 oder Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG) nach Deutschland eingereist sind und nach Abschluss eines Asylverfahrens eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 oder Absatz 2 AufenthG erhalten haben, auch nach der Flüchtlingsanerkennung nicht erlischt, vor dem Hintergrund, dass die „Dauer der Verpflichtung [...] sich vom Beginn bis zur Beendigung des Aufenthalts des Ausländers oder bis zur Erteilung eines Aufenthaltstitels für einen anderen Aufenthaltswert erstrecken [soll]“ (68.1.1.3, Renner/Bergmann/Dienelt, Ausländerrecht, 10. Auflage 2013)?
44. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie (unter Angabe des Projektauftrages) sollen die Haushaltsmittel für die zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit im Bereich des gewaltbereiten Islamismus zwischen den privaten Trägern, auf die diese fokussiert werden soll (Innenausschussdrucksache 18(4)196), aufgeteilt werden und inwiefern soll die Präventionsarbeit islamischer Verbände (etwa des Zentralrats der Muslime in Deutschland) finanziell gefördert werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

45. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung im Kontakt mit dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof wegen dessen angeblichen Vorhabens, das strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt betreffend das Abhören des Handys der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel einzustellen (FOCUS vom 24. November 2014), und wurden vor der Entscheidung Mitarbeiter und Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere die Bundeskanzlerin nach ihrer Äußerung „Das geht gar nicht“ (SPIEGEL ONLINE vom 24. November 2013) und nach ihrem Telefonat mit dem US-Präsidenten Barack Obama (DIE WELT vom 24. Oktober 2013), in dem dieser versichert haben soll, jedenfalls in seiner Amtszeit werde die Bundeskanzlerin nicht mehr abgehört, zu dem Sachverhalt durch Ermittler nach ihrem Wissen zum Tatverdacht befragt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

46. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund eines sinkenden Rentenniveaus den Umstand, dass von den über 35 Millionen aktiv in der Rentenversicherung Versicherten nur 6,4 Millionen Personen ausreichend im Sinne des Riester-Konzepts vorsorgen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 20, Plenarprotokoll 18/53), und was plant die Bundesregierung in dieser Legislatur, um die Inanspruchnahme der privaten Altersvorsorge zu erhöhen?
47. Abgeordneter
**Klaus
Ernst**
(DIE LINKE.)
- Bildet der Verordnungsentwurf des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) für die Produktinformationsstelle (PIA) bereits die Eckpunkte eines konkreten Ratingprodukts ab, wie etwa das der Firma Morgen & Morgen (Volatium), deren Berliner Tochtergesellschaft ITA Institut für Transparenz GmbH bereits Studien im Auftrag des BMF verfasst hat (siehe www.versicherungsmagazin.de/Aktuell/Nachrichten/195/21048/Riester-Gutachten-Verbraucherschuetzer-wirft-ITA-Parteilichkeit-vor.html), sodass dieses Produkt mit nur geringen Modifikationen von Morgen & Morgen eingesetzt werden könnte, und welche direkten Kontakte hatte das BMF zu Morgen & Morgen bzw. zu deren Tochter ITA vor Ausschreibungsbeginn?

48. Abgeordneter
**Klaus
Ernst**
(DIE LINKE.)

Wie begegnet die Bundesregierung bei der ange-
dachten Finanzierung staatlicher Infrastrukturpro-
jekte durch private Investoren der auch hier mögli-
cherweise zutreffenden Sorge des Bundesrech-
nungshofes (vgl. Bericht des Bundesrechnungshofes
an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundesta-
ges vom 4. Juni 2014), dass angesichts der Vorgabe
durch die Schuldenbremse ein Anreiz entstehen
kann, „Projekte auch dann im Wege von ÖPP zu
realisieren, wenn eine konventionelle Realisierung
wirtschaftlicher wäre“, weil die Haushaltsmittel bei
konventioneller Realisierung in einem kürzeren
Zeitraum und zu einem früheren Zeitpunkt fällig
werden (bitte begründen), und stellt die Bundesre-
gierung bei der angedachten Finanzierung staatli-
cher Infrastrukturprojekte durch private Investoren
sicher, dass diese im Haushalt ausgewiesen werden?